



Bundestag Aktuell

Andreas Mattfeldt MdB

10.02.2012

Verden - Osterholz



Liebe Freunde,

Bundeskanzlerin Angela Merkel ist ein entscheidender Schritt zur Stabilitätsunion gelungen: Sie hat europaweit Schuldenbremsen durchgesetzt. Auf dem informellen Gipfel vom 30. Januar 2012 haben 25 der 27 Staats- und Regierungschefs den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion fertiggestellt. Lediglich Großbritannien und Tschechien beteiligen sich nicht daran, können aber noch hinzutreten.

Mit diesem finanzpolitischen Pakt, auch Fiskalpakt genannt, verpflichten sich die teilnehmenden Staaten, eine Schuldenbremse in ihre nationale Gesetzgebung aufzunehmen. Gleichzeitig akzeptieren sie eine stärkere Haushaltskontrolle durch die EU sowie Sanktionen im Falle der Nichteinhaltung. Sollte die Regel des ausgeglichenen Haushalts nicht eingehalten werden, so kann Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erhoben werden, der daraufhin Geldstrafen von bis zu 0,1 % des Bruttoinlandsproduktes verhängen kann. Die genaue Ausgestaltung des Klageverfahrens erfolgt in Kürze.

Die europaweiten Schuldenbremsen schaffen neues Vertrauen und entlasten nachfolgende Generationen. Der Vertrag wird durch die Regierungen im März unterzeichnet und kann in Kraft treten, sobald er von mindestens zwölf Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets ratifiziert worden ist. Dazu ist die Zustimmung des Deutschen Bundestags erforderlich. Innerhalb von fünf Jahren soll dieses zwischenstaatliche Vertragswerk dann in den Rechtsrahmen der EU überführt werden.

Die verbindlichen nationalen Schuldenbremsen sind eine notwendige Grundlage für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), weil sie verhindern, dass der ESM überhaupt in Anspruch genommen werden muss. Die Staats- und Regierungschefs haben daher auch entschieden, dass der ESM bereits zum 1. Juli dieses Jahres einsatzfähig sein soll. Wie im Dezember letzten Jahres vereinbart, wird im März 2012 die Mitteleinstellung überprüft. Der ESM trägt zu mehr Stabilität und Solidarität in Europa bei.

Die Einhaltung der strengen Haushaltsregeln wie auch die Rückzahlung etwaiger Finanzhilfen erfordern wachstumsfreundliche Konsolidierung und beschäftigungsfreundliches Wachstum. Neben den Beschlüssen zum Fiskalpakt wurden daher auch vordringliche Maßnahmen zugunsten der Realwirtschaft vereinbart, die durch die Europäische Union flankiert werden sollen. Die dringlichsten Ansatzpunkte sind beschäftigungspolitische Impulse insbesondere gegen Jugendarbeitslosigkeit, für die Vollendung des Binnenmarktes vor allem im Bereich der digitalen Wirtschaft sowie für verbesserte finanzielle Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Zahl der Hartz-IV-Empfänger im Landkreis Verden steigt weiter

Leider mussten wir auch im vergangenen Monat wieder beobachten, dass die Zahl der Hartz-IV-Empfänger im Landkreis Verden weiter angestiegen ist. Obwohl bundesweit die Zahlen der Langzeitarbeitslosen rückläufig sind, beobachten wir in Verden leider einen kontinuierlichen Anstieg von Hartz-IV-Empfängern.

Interessant ist, dass in den Nachbarkreisen in den vergangenen Monaten die Langzeitarbeitslosenzahl zurückgegangen ist, während in Verden im Januar 2012 77 Langzeitarbeitslose mehr als im Vormonat und sogar 195 mehr als im Vorjahresmonat zu verzeichnen waren. Hier darf die Frage erlaubt sein, warum dies so ist und warum unsere wirtschaftlich schwächeren Nachbarkreise diese Probleme nicht haben.

Da die Aufsicht über die Aufgabendurchführung beim Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration liegt, habe ich Ministerin Özkan gebeten, zu überprüfen, ob die ALV ihre Arbeit korrekt erledigt und worin die Gründe für diese so viel schlechteren Zahlen im Landkreis Verden liegen. Interessanterweise hat Landrat Bohlmann diese Nachfrage – wie die Presse berichtet – als „petzen“ bezeichnet. Wenn meine Sorge um das Geld der Steuerzahler und um das Wohl der Hartz-IV-Empfänger als petzen bezeichnet wird, dann bin ich gerne eine Petze. Solche Diffamierungen werden mich aber nicht davon abhalten, weiterhin nachzubohren, warum die Zahlen im wirtschaftlich starken Landkreis Verden so schlecht sind. Zahlreiche Zuschriften von Betroffenen bestärken mich darin, weiter zu machen bis wir eine Besserung für die Menschen erreichen können.

Von Seiten des Landkreises wird immer wieder eine Kürzung der Bundesmittel für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen als Grund für die oben geschilderte Entwicklung angeführt. Dabei wird allerdings ein schiefer Vergleich gewählt. Im Vergleich zum Jahr 2010 sind die Gelder dafür in der Tat gekürzt worden. Das liegt allerdings daran, dass die Eingliederungsmittel 2010 außerplanmäßig erhöht worden waren, um die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise bedingten Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen. Vergleicht man dagegen die Höhe der Eingliederungsmittel mit den Zahlen von 2008, so sieht die Sachlage anders aus. In Anbetracht der Tatsache, dass die Langzeitarbeitslosenzahlen bundesweit massiv zurückgegangen sind, stehen heute jedem Hartz-IV-Empfänger pro Kopf mehr Gelder zur Verfügung als noch vor der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Natürlich erkenne ich die positive Arbeit der ALV im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit an. Hier ist ausgezeichnet gearbeitet worden und Verden ein Leuchtturm für Perspektiven von jungen Menschen im Arbeitsmarkt.

Ich bin aber nicht länger bereit, hinzunehmen, dass sich die Langzeitarbeitslosenzahlen in Verden derart schlecht entwickeln wie oben geschildert. Das belastet nicht nur die Steuerzahler, sondern vor allem die Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind. Ich kenne diese Schicksale aus meinem direkten Familienumfeld genau und weiß wie sehr die Menschen unter der Arbeitslosigkeit leiden. Wenn das bedeutet, dass ich weiterhin als Petze bezeichnet werde, dann werde ich gerne zur Diplom-Petze.

Konversion Bundeswehrstandort Schwanewede

In dieser Woche habe ich mir die Zeit genommen, um an der von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) veranstalteten Konversionskonferenz teilzunehmen. Dort ging es darum, wie die von dem neuen Stationskonzept betroffenen Bundeswehrstandorte bzw. Gemeinden die Schließung sowie die Nachnutzung organisieren.

Am Rande dieser Konferenz habe ich mit dem Chef der BImA, Dr.



Jürgen Gehb, über den Standort Schwanewede gesprochen. Für nächste Woche habe ich einen Vor-Ort-Termin mit dem Leiter der für Niedersachsen zuständigen Direktion der BImA, Max Stumpf, organisiert. Dieser Termin bietet Gelegenheit, nicht nur offene Fragen zu klären, sondern der BImA auch Wünsche seitens der Gemeinde mitzuteilen.

Darüber hinaus stimme ich gerade einen Termin mit dem Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Thomas Kossendey, ab. Er hat mir angeboten, nach Schwanewede zu kommen und dort für ein Gespräch zur Verfügung zu stehen, um alle Fragen im Zusammenhang mit der Schließung zu klären.

Büro Berlin:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 71322
Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range



CDU